LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

08.11.2022
Drucksache 8/1854

öffentlich

Antrag
–

Fraktion DIE LINKE

Zeit für einen spürbaren „Wumms“ für Kinder und Jugendliche

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Wir nehmen zur Kenntnis, dass im Ergebnis der Corona-KiTa Studie des Robert-Koch Instituts und des Deutschen Jugendinstituts, die Schließungen von Kitas und Schulen eine große Belastung für Kinder und Eltern waren. Kitas und Schulen waren keine Infektionsherde. Ihre Schließung war nach heutigem Wissensstand nicht notwendig. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die richtigen Lehren aus diesen Einschätzungen zu ziehen und Teilhabe nicht nur wieder vollumfänglich zu gewähren, sondern auch dadurch entstandene Nachteile auszugleichen. Wir entschuldigen uns bei den Kindern, Jugendlichen und Familien unseres Landes für die damalige Fehleinschätzung mit all ihren Konsequenzen. Schließungen von Kitas und Schulen wird es nicht mehr geben.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich die erforderlichen Lehren aus den eingetretenen negativen sozialen und gesundheitlichen Entwicklungen von Kindern und Jugendlichen infolge der Corona-Pandemie zu ziehen und dem Landtag einen hierzu erforderlichen umfassenden Katalog diskriminierungs- und geschlechtersensibel umzusetzender Maßnahmen vorzulegen, welcher insbesondere die Bekämpfung von Kinderarmut im Land im Fokus hat. Dabei sollen die Kommunen durch die Landesregierung einbezogen und unterstützt werden.

2. einen Kinderrechtegipfel unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Schulen und Jugendverbänden sowie weiteren Institutionen und Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Ziel der Stärkung der Kinderrechte zu initiieren.

(Ausgegeben am 09.11.2022)

Begründung

Die Corona-Pandemie hat Entwicklungen gehemmt und Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten auf ein Großwerden, wie wir es bisher kannten, extrem eingeschränkt.

Das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“, das zum Jahresende auslaufen wird, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, eben solche Missstände abzubauen. Das war ein erster Schritt. Dieser ist aber nicht ausreichend.

Laut einer Erhebung des ifo Instituts kommen Kinder zu einem klaren Ergebnis: „Deutschland ist nicht kinderfreundlich.“ Im Weiteren wird festgestellt, dass sich viele junge Menschen in der Pandemie nicht gesehen gefühlt haben und „die Regierung nicht auf Kinder reagiert“ habe. Michael Klundt, Professor für Kinderpolitik im Studiengang Angewandte Kindheitswissenschaften der Hochschule Magdeburg-Stendal, kommt sogar zu der Erkenntnis, dass Kinderrechte missachtet wurden.

Wir sehen unsere Verantwortung für die junge aber auch für kommende Generationen, aus der Krise zu lernen und die nachweislichen Fehlentscheidungen künftig nicht zu wiederholen.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz